

Information für Verbraucher zur Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN (Internetbanking, Direktbrokerage, HBCIbanking)

Diese Information gilt bis auf Weiteres und steht nur in deutscher Sprache zur Verfügung.

Übersicht

- A Allgemeine Information
- B Information zur Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN
- C Information über die Besonderheiten des Fernabsatzvertrages

A Allgemeine Information

Name und Anschrift

Baden-Württembergische Bank
- BW-Bank Service-Center -
Kleiner Schlossplatz 11
70173 Stuttgart

Telefon 0711 124-48601 (BW-Bank Service-Center)

Telefax 0711 124-44377 (BW-Bank Service-Center)

(E-Mail: kontakt@bw-bank.de)

Rechtsform:

Die Baden-Württembergische Bank ist eine unselbstständige Anstalt der Landesbank Baden-Württemberg. Die Landesbank Baden-Württemberg ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts.

Gesetzliche Vertretungsberechtigte der Baden-Württembergischen Bank

Vorstand: Hans-Jörg Vetter, Vorsitzender,
Michael Horn, stv. Vorsitzender,
Dr. Peter A. Kaemmerer, Joachim E. Schielke, Hans-Joachim Strüder,
Rudolf Zipf

Hauptgeschäftstätigkeit der Baden-Württembergischen Bank

Die Baden-Württembergische Bank betreibt alle banküblichen Geschäfte (insbesondere Kontoführung, Zahlungsverkehr, Einlagengeschäft, Wertpapier- und Depotgeschäft, Kreditgeschäft u. ä.), soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und die Satzung der Landesbank Baden-Württemberg keine Einschränkungen vorsehen.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,
Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn und Lurgiallee 12, 60439
Frankfurt (Internet: <http://www.bafin.de>)

Eintragung im Handelsregister

Landesbank Baden-Württemberg:
Amtsgericht Stuttgart: HRA 12704
Amtsgericht Mannheim: HRA 4356 und HRA 104440
Amtsgericht Mainz: HRA 40687

Umsatzsteueridentifikationsnummer

DE 147 800 343

Vertragssprache

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Kunden während der Vertragslaufzeit ist Deutsch.

Rechtsordnung/Gerichtsstand

Auf den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung findet vorbehaltlich der in Artikel 29 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) geregelten Ausnahmen deutsches Recht Anwendung.

Für den Fall, dass Sie nach Vertragsabschluss Ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt ins Ausland verlegen oder dieser im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist, wird als Gerichtsstand Stuttgart vereinbart.

Außergerichtliche Streitschlichtung

Zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten mit der Bank besteht die Möglichkeit, die Schlichtungsstelle beim Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) anzurufen. Das Anliegen ist schriftlich an folgende Adresse zu richten: Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), Kundenbeschwerdestelle, Postfach 110272, 10832 Berlin. Näheres regelt die Verfahrensordnung, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird.

Bei behaupteten Verstößen gegen das Zahlungsdienstleistungsaufsichtsgesetz, die §§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuches oder Artikel 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch kann darüber hinaus Beschwerde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Postfach 1253, 53002 Bonn, eingelegt werden.

Hinweis zum Bestehen einer freiwilligen Einlagensicherung

Die Baden-Württembergische Bank ist dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen.

B Information zur Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN

Wesentliche Leistungsmerkmale

Auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der Baden-Württembergischen Bank über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN kann der Kunde Konto- und Depotabfragen tätigen sowie Bankgeschäfte über das Internet (Internetbanking, Direktbrokerage, HBCIbanking) in dem vom Kreditinstitut angebotenen Umfang abwickeln (Onlinebanking). Voraussetzung hierfür ist, dass der Kunde ein Konto bzw. Depot bei der Baden-Württembergischen Bank unterhält. Der Nutzungsumfang des Onlinebanking kann dabei auf bestimmte Geschäftsvorfälle und auf Höchstbeträge begrenzt werden. Der Kunde erhält für die Übermittlung von Erklärungen oder Aufträgen im Rahmen dieses Verfahrens als Sicherheitsmerkmal eine persönliche Identifikationsnummer (PIN) sowie als Authentifizierungsinstrument einen TAN-Generator zur Erzeugung von TAN.

Preise/Entgelte

Die Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN ist kostenlos. Die Preise für einzelne Bankgeschäfte im Onlinebanking ergeben sich aus den jeweils geschlossenen Verträgen (z. B. Girovertrag, Depotvertrag) sowie dem aktuellen "Preis- und Leistungsverzeichnis". Eine Änderung von Entgelten während der Laufzeit der Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN erfolgt nach Maßgabe von Nr. 17 der AGB der Baden-Württembergischen Bank.

Weitere vom Kunden zu zahlende Steuern und Kosten

Kosten, die nicht von der Baden-Württembergischen Bank abgeführt oder in Rechnung gestellt werden (z.B. für Telefon, Internet, Porto) hat der Kunde selbst zu tragen.

Zusätzliche Kommunikationskosten

Darüber hinaus geltende Telekommunikationskosten werden seitens der Baden-Württembergischen Bank nicht in Rechnung gestellt.

Leistungsvorbehalt

keiner

Zahlung und Erfüllung des Vertrages

Zahlung der Entgelte durch den Kunden

Die gemäß aktuellem „Preis- und Leistungsverzeichnis“ anfallenden Entgelte werden dem vom Kunden hierfür angegebenen Konto belastet.

Erfüllung

Die Baden-Württembergische Bank erfüllt ihre Verpflichtungen aus der Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN, indem sie dem Kunden die PIN sowie einen TAN-Generator zur Erzeugung von TAN zur Verfügung stellt und den Kunden für die Nutzung des Onlinebanking mit PIN/TAN frei schaltet. Sie wird des weiteren die vom Kunden freigegebenen, mittels Onlinebanking übermittelten Aufträge im Rahmen des ordnungsgemäßen Arbeitsablaufes bearbeiten.

Vertragliche Kündigungsregeln

Die Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN kann vom Kunden jederzeit, von der Bank mit einer Frist von zwei Monaten, jeweils zum Monatsende, gekündigt werden.

Im Übrigen gelten die in Nr. 26 der AGB der Baden-Württembergischen Bank für den Kunden und die Baden-Württembergische Bank festgelegten Kündigungsregeln.

Mindestlaufzeit des Vertrages
keine

Sonstige Rechte und Pflichten der Baden-Württembergischen Bank und des Kunden

Die Grundregeln für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen der Baden-Württembergischen Bank und dem Kunden sind in den beigefügten "Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Baden-Württembergischen Bank" beschrieben. Daneben gelten die beigefügten Bedingungen, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen "Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Baden-Württembergischen Bank" enthalten.

- Bedingungen für das Onlinebanking -
Internetbanking, Direktbrokerage, HBCIbanking
mit PIN/TAN

Die genannten Bedingungen stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung.

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Der Kunde kann seine Vertragserklärung innerhalb von einem Monat ohne Angabe von Gründen in Textform (z.B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt frühestens mit Erhalt dieser Belehrung. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an

Baden-Württembergische Bank
Unselbstständige Anstalt der Landesbank Baden-Württemberg
Kleiner Schlossplatz 11, 70173 Stuttgart.

Telefax: 0711 124-44377 (BW-Bank Service-Center)
E-Mail: kontakt@bw-bank.de

Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z. B. Zinsen) herauszugeben. Können Sie uns die empfangene Leistung ganz oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren, müssen Sie der Baden-Württembergischen Bank insoweit ggf. Wertersatz leisten. Dies kann dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf gleichwohl erfüllen müssen. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen nach Absendung der Widerrufserklärung erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung der Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

Besonderer Hinweis

Das Widerrufsrecht des Kunden erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben.

Ihre
Baden-Württembergische Bank

C Informationen über die Besonderheiten des Fernabsatzvertrages

Informationen zum Zustandekommen der Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN im Fernabsatz

Der Kunde gibt gegenüber der Baden-Württembergischen Bank ein ihm bindendes Angebot auf Abschluss der Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN ab, indem er die von ihm unterzeichnete Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN an die Baden-Württembergische Bank übermittelt und diese ihr zugeht.

Die Vereinbarung über die Teilnahme am Onlinebanking mit PIN/TAN kommt zustande, wenn die Baden-Württembergische Bank die Vereinbarung nach der erforderlichen Legitimationsprüfung frei schaltet.

Stand: Mai 2010

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die besonderen Bedingungen der LBBW gelten für die Geschäftsverbindung des Kunden mit der Landesbank Baden-Württemberg und ihren unselbstständigen Anstalten, der Baden-Württembergischen Bank, der Rheinland-Pfalz Bank und der Sachsen Bank. Erklärungen der Baden-Württembergischen Bank, der Rheinland-Pfalz Bank und der Sachsen Bank im Rahmen der Geschäftsverbindung berechtigen und verpflichten ausschließlich die Landesbank Baden-Württemberg.

1. Leistungsangebot

(1) Der Konto-/Depotinhaber sowie etwaige Bevollmächtigte am Onlinebanking (im Folgenden Teilnehmer genannt) können Bankgeschäfte mittels Internetbanking, Direktbrokerage, HBCIbanking mit PIN/TAN (nachfolgend Onlinebanking) in dem von der Bank angebotenen Umfang abwickeln. Zudem kann der Teilnehmer Informationen der Bank mittels Onlinebanking abrufen. Konto und Depot werden im Folgenden einheitlich als „Konto“ bezeichnet.

(2) Zur Nutzung des Onlinebanking gelten die mit der Bank ggf. gesondert vereinbarten Verfügungslimits (beispielsweise pro Auftrag).

2. Voraussetzungen zur Nutzung des Onlinebanking

Der Teilnehmer benötigt für die Abwicklung von Bankgeschäften mittels Onlinebanking die mit der Bank vereinbarten Personalisierten Sicherheitsmerkmale und Authentifizierungsinstrumente, um sich gegenüber der Bank als berechtigter Teilnehmer auszuweisen (siehe Nummer 3) und Aufträge zu autorisieren (siehe Nummer 4).

2.1 Personalisierte Sicherheitsmerkmale sind

- die persönliche Identifikationsnummer (PIN),
- einmal verwendbare Transaktionsnummern (TAN).

2.2 Authentifizierungsinstrument

Der Teilnehmer erhält für die Erzeugung der TAN einen TAN-Generator. Mit dem TAN-Generator erhält der Teilnehmer die „Checkliste für den ersten Zugang“ mit allen Zugangsinformationen sowie Anweisungen zur Verwendung des TAN-Generators.

3. Zugang zum Onlinebanking

Der Teilnehmer erhält Zugang zum Onlinebanking, wenn

- er die Kontonummer und seine PIN übermittelt hat,
- die Prüfung dieser Daten bei der Bank eine Zugangsberechtigung des Teilnehmers ergeben hat und
- keine Sperre des Zugangs (siehe Nummern 8.1 und 9) oder des Kontos vorliegt.

Nach erfolgreichem Zugang zum Onlinebanking kann der Teilnehmer Informationen abrufen oder Aufträge erteilen.

4. Onlinebanking-Aufträge durch den Teilnehmer

4.1 Auftragserteilung und Autorisierung

Der Teilnehmer muss Onlinebanking-Aufträge zu deren Wirksamkeit der Bank mittels Onlinebanking übermitteln. Bei Vorgängen, die zusätzlich der Eingabe einer TAN bedürfen (z. B. Überweisungen) muss der Teilnehmer diese zu deren Wirksamkeit außerdem mit dem vereinbarten Personalisierten Sicherheitsmerkmal (TAN) autorisieren. Die Bank bestätigt mittels Onlinebanking den Eingang des Auftrags. Der Teilnehmer erhält Hinweise darüber, ob der Auftrag angenommen bzw. ausgeführt wurde. Der Hinweis „Auftrag angenommen“ bedeutet, dass sich der Auftrag noch in Bearbeitung befindet. Der Hinweis „Auftrag ausgeführt“ gilt als Bestätigung für den Vollzug z. B. der Buchung oder des Kauf- bzw. Verkaufsauftrags.

4.2 Widerruf von Aufträgen

Die Widerrufbarkeit eines Onlinebanking-Auftrags richtet sich nach den für die jeweilige Auftragsart geltenden Bedingungen (z. B. Bedingungen für den Überweisungsverkehr). Der Widerruf von Aufträgen kann nur außerhalb des Onlinebanking erfolgen, es sei denn, die Bank sieht eine Widerrufsmöglichkeit im Onlinebanking ausdrücklich vor.

5. Bearbeitung von Onlinebanking-Aufträgen durch die Bank

(1) Die Bearbeitung der Onlinebanking-Aufträge erfolgt an den für die Abwicklung der jeweiligen Auftragsart (z. B. Überweisung) im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ bekannt

gegebenen Geschäftstagen im Rahmen des ordnungsgemäßen Arbeitsablaufes. Geht der Auftrag nach dem im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ bestimmten Zeitpunkt (Annahmefrist) ein oder fällt der Zeitpunkt des Eingangs nicht auf einen Geschäftstag gemäß „Preis- und Leistungsverzeichnis“ der Bank, so gilt der Auftrag als am darauf folgenden Geschäftstag zugegangen. Über den Zeitpunkt der tatsächlichen Ausführung wird der Teilnehmer in den Umsatzinformationen im Onlinebanking und im Kontoauszug informiert. Der Ausführungszeitpunkt bei Wertpapieraufträgen ist von der technischen Verfügbarkeit des am Börsenplatz verwendeten Börsensystems abhängig.

(2) Die Bank wird den Auftrag ausführen, wenn folgende Ausführungsbedingungen vorliegen:

- Der Teilnehmer hat sich mit seinem Personalisierten Sicherheitsmerkmal autorisiert.
- Die Berechtigung des Teilnehmers für die jeweilige Auftragsart liegt vor.
- Das Onlinebanking-Datenformat ist eingehalten.
- Das ggf. gesondert vereinbarte Onlinebanking-Verfügungslimit ist nicht überschritten.
- Die Ausführungsvoraussetzungen nach den für die jeweilige Auftragsart maßgeblichen Bedingungen (z. B. ausreichende Kontodeckung gemäß den Bedingungen für den Überweisungsverkehr) liegen vor.

Liegen die Ausführungsbedingungen vor, führt die Bank die Onlinebanking-Aufträge nach Maßgabe der Bestimmungen der für die jeweilige Auftragsart geltenden Bedingungen (z. B. Bedingungen für den Überweisungsverkehr, Bedingungen für das Wertpapiergeschäft) aus.

(3) Liegen die Ausführungsbedingungen nach Absatz 2 nicht vor, wird die Bank den Onlinebanking-Auftrag nicht ausführen und dem Kontoinhaber und/oder Teilnehmer eine Information über die Nichtausführung und – soweit möglich – über deren Gründe und die Möglichkeiten, mit denen Fehler, die zur Ablehnung geführt haben, berichtigt werden können, außerhalb des Onlinebanking zur Verfügung stellen.

6. Information des Kontoinhabers über Onlinebanking-Verfügungen

Die Bank unterrichtet den Kontoinhaber mindestens einmal monatlich über die mittels Onlinebanking getätigten Verfügungen auf dem für Kontoinformationen vereinbarten Weg. Mit Kontoinhabern, die nicht Verbraucher sind, kann die Art und Weise sowie die zeitliche Folge der Unterrichtung gesondert vereinbart werden.

7. Sorgfaltspflichten des Teilnehmers

7.1 Technische Verbindung zum Onlinebanking

Der Teilnehmer ist verpflichtet, die technische Verbindung zum Onlinebanking nur über die von der Bank gesondert mitgeteilten Onlinebanking-Zugangskanäle (z. B. Internetadresse) herzustellen.

7.2 Geheimhaltung der Personalisierten Sicherheitsmerkmale und sichere Aufbewahrung der Authentifizierungsinstrumente

- (1) Der Teilnehmer hat
- seine Personalisierten Sicherheitsmerkmale (siehe Nummer 2.1) geheim zu halten und nur über die von der Bank gesondert mitgeteilten Onlinebanking-Zugangskanäle an diese zu übermitteln sowie
 - sein Authentifizierungsinstrument (siehe Nummer 2.2) vor dem Zugriff anderer Personen sicher zu verwahren.

Denn jede andere Person, die im Besitz des Authentifizierungsinstruments ist, kann in Verbindung mit dem dazugehörigen Personalisierten Sicherheitsmerkmal das Onlinebanking-Verfahren missbräuchlich nutzen.

(2) Insbesondere ist Folgendes zum Schutz des Personalisierten Sicherheitsmerkmals (PIN/TAN) sowie des Authentifizierungsinstruments (TAN-Generator) zu beachten:

- PIN und TAN dürfen nicht elektronisch gespeichert werden.
- Bei Eingabe des Personalisierten Sicherheitsmerkmals ist sicherzustellen, dass andere Personen dieses nicht ausspähen können.
- PIN und TAN dürfen nicht außerhalb der gesondert vereinbarten Internetseiten eingegeben werden (z. B. nicht auf Online-Händlerseiten).
- PIN und TAN dürfen nicht außerhalb des Onlinebanking-Verfahrens weitergegeben werden, also beispielsweise nicht per E-Mail.
- Die PIN darf nicht zusammen mit dem Authentifizierungsinstrument (TAN-Generator) verwahrt werden.

7.3 Sicherheit des Kundensystems

Der Teilnehmer muss die Sicherheitshinweise der Bank zum Onlinebanking auf der Internetseite der Bank, insbesondere die Maßnahmen zum Schutz der eingesetzten Hard- und Software (Kundensystem), beachten.

7.4 Kontrolle der Auftragsdaten mit von der Bank angezeigten Daten

Soweit die Bank dem Teilnehmer Daten aus seinem Onlinebanking-Auftrag (z. B. Betrag, Kontonummer des Zahlungsempfängers, Wertpapierkennnummer) im Kundensystem oder über ein anderes Gerät des Teilnehmers zur Bestätigung anzeigt, ist der Teilnehmer verpflichtet, vor der Bestätigung die Übereinstimmung der angezeigten Daten mit den für die Transaktion vorgesehenen Daten zu prüfen.

8. Anzeige- und Unterrichtungspflichten

8.1 Sperranzeige

(1) Stellt der Teilnehmer den Verlust oder den Diebstahl des Authentifizierungsinstruments, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung seines Authentifizierungsinstruments oder seines Personalisierten Sicherheitsmerkmals fest, muss der Teilnehmer die Bank hierüber unverzüglich unterrichten (Sperranzeige). Der Teilnehmer kann der Bank eine Sperranzeige jederzeit auch über die gesondert mitgeteilten Kontaktdaten aufgeben.

(2) Der Teilnehmer hat jeden Diebstahl oder Missbrauch unverzüglich bei der Polizei zur Anzeige zu bringen.

(3) Hat der Teilnehmer den Verdacht, dass eine andere Person unberechtigt

- den Besitz an seinem Authentifizierungsinstrument oder die Kenntnis seines Personalisierten Sicherheitsmerkmals erlangt hat oder
 - das Authentifizierungsinstrument oder das Personalisierte Sicherheitsmerkmal verwendet,
- muss er ebenfalls eine Sperranzeige abgeben.

8.2 Unterrichtung über nicht autorisierte oder fehlerhaft ausgeführte Aufträge

Der Kontoinhaber hat die Bank unverzüglich nach Feststellung eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Auftrags hierüber zu unterrichten.

9. Nutzungssperre

9.1 Sperre auf Veranlassung des Teilnehmers

Die Bank sperrt auf Veranlassung des Teilnehmers, insbesondere im Fall der Sperranzeige nach Nummer 8.1, den Onlinebanking-Zugang oder sein Authentifizierungsinstrument.

9.2 Sperre auf Veranlassung der Bank

(1) Die Bank darf den Onlinebanking-Zugang für einen Teilnehmer sperren, wenn

- sie berechtigt ist, den Onlinebanking-Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen,
- sachliche Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheit der PIN oder der TAN oder des Authentifizierungsinstruments dies rechtfertigen oder
- der Verdacht einer nicht autorisierten oder einer betrügerischen Verwendung des Authentifizierungsinstruments besteht.

(2) Die Bank wird den Konto-/Depotinhaber unter Angabe der hierfür maßgeblichen Gründe möglichst vor, spätestens jedoch unverzüglich nach der Sperre unterrichten.

9.3 Aufhebung der Sperre

Die Bank wird eine Sperre aufheben oder die PIN bzw. den TAN-Generator austauschen, wenn die Gründe für die Sperre nicht mehr gegeben sind. Hierüber unterrichtet sie den Konto-/Depotinhaber und/oder Teilnehmer.

9.4 Automatische Sperre

(1) Wird dreimal hintereinander eine falsche PIN eingegeben, so sperrt die Bank automatisch den Zugang zum Onlinebanking für das Konto. Die Sperre kann durch Eingabe der richtigen PIN und einer gültigen TAN aufgehoben werden.

(2) Wird dreimal hintereinander eine falsche TAN eingegeben, so wird der Onlinebanking-Zugang des betroffenen Teilnehmers gesperrt. In diesem Falle sollte sich der Teilnehmer mit der Bank in Verbindung setzen.

10. Haftung

10.1 Haftung der Bank bei einer nicht autorisierten Onlinebanking-Verfügung und einer nicht oder fehlerhaft ausgeführten Onlinebanking-Verfügung

Die Haftung der Bank bei einer nicht autorisierten Onlinebanking-Verfügung und einer nicht oder fehlerhaft ausgeführten Onlinebanking-Verfügung richtet sich nach den für die jeweilige Auftragsart vereinbarten Bedingungen (z. B. Bedingungen für den Überweisungsverkehr, Bedingungen für das Wertpapiergeschäft).

10.2 Haftung des Kontoinhabers bei missbräuchlicher Nutzung seines Authentifizierungsinstruments

10.2.1 Haftung des Kontoinhabers für nicht autorisierte Zahlungsvorgänge vor der Sperranzeige

(1) Beruhen nicht autorisierte Zahlungsvorgänge vor der Sperranzeige auf der Nutzung eines verloren gegangenen, gestohlenen oder sonst abhanden gekommenen Authentifizierungsinstruments, haftet der Kontoinhaber für den der Bank hierdurch entstehenden Schaden bis zu einem Betrag von 150 Euro, ohne dass es darauf ankommt, ob den Teilnehmer an dem Verlust, Diebstahl oder sonstigem Abhandenkommen des Authentifizierungsinstruments ein Verschulden trifft.

(2) Kommt es vor der Sperranzeige zu nicht autorisierten Zahlungsvorgängen aufgrund einer missbräuchlichen Verwendung eines Authentifizierungsinstruments, ohne dass dieses verloren gegangen, gestohlen worden oder sonst abhanden gekommen ist, haftet der Kontoinhaber für den der Bank hierdurch entstehenden Schaden bis zu einem Betrag von 150 Euro, wenn der Teilnehmer seine Pflicht zur sicheren Aufbewahrung der Personalisierten Sicherheitsmerkmale schuldhaft verletzt hat.

(3) Ist der Kontoinhaber kein Verbraucher, haftet er für Schäden aufgrund von nicht autorisierten Zahlungsvorgängen über die Haftungsgrenze von 150 Euro nach Absatz 1 und 2 hinaus, wenn der Teilnehmer fahrlässig oder vorsätzlich gegen seine Anzeige- und Sorgfaltspflichten nach diesen Bedingungen gehandelt hat.

(4) Der Kontoinhaber ist nicht zum Ersatz des Schadens nach den Absätzen 1, 2 und 3 verpflichtet, wenn der Teilnehmer die Sperranzeige nach Nummer 8.1 nicht abgeben konnte, weil die Bank nicht die Möglichkeit zur Entgegennahme der Sperranzeige sichergestellt hatte und der Schaden dadurch eingetreten ist.

(5) Kommt es vor der Sperranzeige zu nicht autorisierten Zahlungsvorgängen und hat der Teilnehmer seine Sorgfaltspflichten nach diesen Bedingungen vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt oder in betrügerischer Absicht gehandelt, trägt der Kontoinhaber den hierdurch entstandenen Schaden in vollem Umfang. Grobe Fahrlässigkeit des Teilnehmers kann insbesondere dann vorliegen, wenn er

- den Verlust oder Diebstahl des Authentifizierungsinstruments oder die missbräuchliche Nutzung des Authentifizierungsinstruments oder des Personali-

sierten Sicherheitsmerkmals der Bank nicht unverzüglich anzeigt, nachdem er hiervon Kenntnis erlangt hat (siehe Nummer 8.1),

- das Personalisierte Sicherheitsmerkmal im Kundensystem gespeichert hat (siehe Nummer 7.2),
- das Personalisierte Sicherheitsmerkmal einer anderen Person mitgeteilt hat und der Missbrauch dadurch verursacht wurde (siehe Nummer 7.2),
- das Personalisierte Sicherheitsmerkmal erkennbar außerhalb der gesondert vereinbarten Internetseiten eingegeben hat (siehe Nummer 7.2),
- das Personalisierte Sicherheitsmerkmal außerhalb des Onlinebanking-Verfahrens, beispielsweise per E-Mail, weitergegeben hat (siehe Nummer 7.2),
- das Personalisierte Sicherheitsmerkmal auf dem Authentifizierungsinstrument vermerkt oder zusammen mit diesem verwahrt hat (siehe Nummer 7.2).

(6) Die Haftung für Schäden, die innerhalb des Zeitraums, für den der Verfügungsrahmen gilt, verursacht werden, beschränkt sich jeweils auf den vereinbarten Verfügungsrahmen.

10.2.2 Haftung bei nicht autorisierten Wertpapiertransaktionen vor der Sperranzeige

Beruhend nicht autorisierte Wertpapiertransaktionen vor der Sperranzeige auf der Nutzung eines verloren gegangenen oder gestohlenen Authentifizierungsinstruments oder auf der sonstigen missbräuchlichen Nutzung des Personalisierten Sicherheitsmerkmals oder des Authentifizierungsinstruments und ist der Bank hierdurch ein Schaden entstanden, haften der Kontoinhaber und die Bank nach den gesetzlichen Grundsätzen des Mitverschuldens.

10.2.3 Haftung der Bank ab der Sperranzeige

Sobald die Bank eine Sperranzeige des Teilnehmers erhalten hat, übernimmt sie alle danach durch nicht autorisierte Onlinebanking-Verfügungen entstehenden Schäden. Dies gilt

nicht, wenn der Teilnehmer in betrügerischer Absicht gehandelt hat.

10.2.4 Haftungsausschluss

Haftungsansprüche sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das diejenige Partei, die sich auf dieses Ereignis beruft, keinen Einfluss hat, und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt von ihr nicht hätten vermieden werden können.

11. Bereitstellung von Informationen

(1) Alle dem Teilnehmer übermittelten Kursdaten und Börseninformationen werden von Dritten bereitgestellt und von der Bank nicht auf Ihre Richtigkeit überprüft. Die Bank haftet daher nicht für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Daten.

(2) Die zur Verfügung gestellten Informationen sind nur für den Teilnehmer bestimmt. Jede weiter gehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie Weitergabe an Dritte ist nicht zulässig.

12. Speicherung Teilnehmerdaten

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften werden die Teilnehmerdaten von der Bank gespeichert.

13. Außergerichtliche Streitschlichtung und Beschwerdemöglichkeit

Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank kann sich der Konto-/Depotinhaber an die im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ näher bezeichneten Streitschlichtungs- und Beschwerdestellen wenden.